

72. 1. 4. 1992

Vorerst keine Landesmittel für Umgehungsstraße

Wirtschaftsministerium: Beteiligung der Öffentlichkeit ist notwendig / Reaktion auf Nackenheimer Forderungen zum „Postfrachtzentrum“

Von unserem Mitarbeiter
ERICH MICHAEL LANG

NACKENHEIM/MAINZ — Durch einen verhandlungstaktischen Fallrückzieher hat sich die Mehrheitskoalition aus SPD und „Bürgerliste Lebenswertes Nackenheim“ (BLN) einstweilen des politischen Drucks, der sich mit der Diskussion um das geplante Postfrachtzentrum in den parlamentarischen Entscheidungskanälen aufzubauen begann, entledigt und den Ball in Form eines 9-Punkte-Katalogs an die Verteidigungslinie der nach vorne stürmenden Vertreter von Wirtschaftsministerium und Bundespost zurückgespielt (wir berichteten). Während die Post das Leder kurz stoppte und mit deutlich signalisierter Kompromiß-

bereitschaft den Konter einleitete, hat das Wirtschaftsministerium bislang die Öffentlichkeit des Spielfeldes gemieden.

Das Mainzer Schweigen muß deshalb hellhörig machen, weil eine wichtige Bedingung, an die sich ein Ja der SPD und BLN zum Postfrachtzentrum knüpft, nur von der Mannschaft des Ministeriums erfüllt werden kann: die schon lange durch die verkehrspolitischen Diskussionen geisternde Umgehungsstraße vom Zubringer zur B 9 (L 413) in Richtung Harxheim/Mommenheim. In einem Gespräch mit unserer Zeitung hat der Pressesprecher des Wirtschaftsministeriums, Andreas Valentin, jetzt durchblicken lassen, wie weit die Diskussion im ministeriellen Trainingslager gediehen ist.

Den Nackenheimer 9-Punkte-Plan interpretiert der Beraterstab um Minister Brüderle als eine Entscheidung „für die Sache“. Allerdings hat die Mainzer Behörde das vorgelegte Papier nicht so verstanden, daß alle Punkte erfüllt sein müssen, noch bevor die Bauleitplanung den mühsamen Weg durch die Instanzen beschritten hat. Bekanntlich klopfen die Sachwalter der Bundespost recht nervös auf dem Verhandlungstisch herum, weil sie sich „Anfang 1993“ als Termin für den ersten Spatenstich optimistisch bereits vorgemerkt haben.

Aus Sicht des Ministeriums ist es „nicht vorstellbar“, sich vorab vor allem bei den Punkten endgültig festzulegen, die einer „eigenständigen Planung bedürfen“. Damit ist die

Umgehungsstraße angesprochen; über deren Bau sei aus Mainz „keine endgültige Zusage vor einer Beteiligung der Öffentlichkeit“ zu erwarten, läßt Valentin die Katze aus dem Sack. Im Landeshaushalt könnten Mittel erst nach dem Planfeststellungsverfahren mit dem dazugehörigen Beiwerk an Beteiligungsritualen eingesetzt werden.

Ob sich die diplomatischen Formulierungen, die den landespolitischen Ton angeben, im bodenständigen Klartext einer kommunalpolitischen Debatte werden behaupten können oder ob dem Ball, den Mainz nun zurückgeschossen hat, vorzeitig die Luft ausgeht, hängt vom Entgegenkommen der Mehrheit im Nackenheimer Rat genauso ab wie das gesamte Vorhaben der Post. „Es muß

erkenntlich sein, daß die Umgehungsstraße in irgendeiner Prioritätenliste drin ist. Dieses Projekt darf nicht auf den Sanktnimmerleinstag verschoben werden.“ Ortsbürgermeister Günter Ollig geht mit diesem festen Vorsatz in ein Gespräch am „Runden Tisch“, zu dem das Ministerium für den 14. April alle Beteiligten geladen hat. Der Ortschef macht zwar deutlich, daß auch in Nackenheim die Forderung nach der Straße nicht als Junktim aufgefaßt wird, an das der Beginn einer Bauleitplanung für das Postzentrum gebunden ist: „So blauäugig sind wir ja auch nicht“; jedoch möchte Ollig aus Mainz schon Einsicht in konkrete Zeitpläne bekommen, wann der „Uraltforderung“ nach einer Nordumgehung entsprochen werden soll.